



## Liebe Leserinnen und Leser,

der Wonnemonat bescherte uns mit den vorsommerlichen Pfingsttagen nicht nur wettermäßig Hitze – auch manch' politische Diskussion kochte dieser Tage hoch. So sorg(t)en unsere weiter voranschreitenden Reformen auf breiter Front für mitunter durchaus „intensive“ Rückmeldungen, wobei aktuell vor allem die Reform der Gesetzlichen Krankenversicherung im Fokus steht. Warum auch ich zu diesem Thema noch einige Einwände habe, und wie ich damit umgehe, reflektiere ich in Form des nebenstehenden Aufmacher-Artikels.

Ein weiteres von kontroversen Kommentaren begleitetes Thema ist unser neues Gebäudemodernisierungsgesetz. Dem hier von linker Seite gestarteten plumpen Versuch, ein falsches Narrativ von „rückwärtiger Klimapolitik“ zu etablieren, habe ich bereits bei meiner [jüngsten Rede im Plenum](#) eine klare Absage erteilt. Ausführlich widme ich mich dem auch nochmal auf [Seite 4](#) dieses Newsletters.

Apropos: Von meinem Treffen mit heimischen energieintensiven Unternehmen lesen Sie ebenso in dieser Ausgabe, wie über die bevorstehende Veranstaltung unseres MIT-Kreisverbandes und meine neue Beiratsfunktion zur Stärkung nachbarschaftlichen Miteinanders im Südkreis. Viel Spaß damit!

*Ihr und Euer  
Dr. Klaus Wiener*



## GKV-Reformen: Richtige Richtung, aber offene Fragen

Es gibt Dinge in der Politik, die auch für einen langjährigen Abgeordneten seltsam anmuten. Das vielleicht beste Beispiel hierfür heißt „Reformen“: Nahezu jeder fordert sie, vielen gehen sie nicht schnell genug, aber wenn sie dann umgesetzt werden, gibt es allenthalben Geschrei, Widerstand und „rote Linien“. Aktuell mit am heißesten diskutiert wird die Reform der Gesetzlichen Krankenversicherung. Und hier ist ein „Ja, aber“ berechtigt.

Unser Gesundheitssystem ist zweifelsohne eine der größten Errungenschaften unserer sozialen Sicherungssysteme und eine tragende Säule unserer Daseinsvorsorge – doch es steht unter enormem Druck. Ohne Reformen droht der gesetzlichen Krankenversicherung bis 2030 ein Defizit von über 40 Milliarden Euro jährlich, das dann zwangsläufig auf die Beitragszahler abgewälzt werden müsste.

Die von der Bundesregierung eingesetzte Finanzkommission Gesundheit hat im März 2026 insgesamt 66 Empfehlungen vorgelegt, wovon die Regierung über drei Viertel übernommen und einige eigene Maßnahmen ergänzt hat. Grundsätzlich ist dieser Schritt richtig, denn unser Gesundheitssystem ist zwar – trotz seiner Probleme – auskömmlich finanziert, aber die Ausgaben wachsen strukturell schneller als die Einnahmen.

Und wer das jetzt nicht angeht, handelt auf Kosten künftiger Generationen.

Dennoch gibt es Fragen, bei denen ich Gesprächsbedarf sehe: Erstens die Kostenübernahme für Bürgergeldempfänger. Hier zahlt die Solidargemeinschaft der Versicherten mit, obwohl es sich um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe handelt. Zweitens die Beitragsbemessungsgrenze, die erneut steigen soll und damit die ohnehin bereits stark belastete Mittelschicht trifft. Und drittens die beitragsfreie Familienmitversicherung, die für mich erhaltenswert ist.

Aus zahlreichen Rückmeldungen weiß ich, dass es viele Vorbehalte gegen die aktuellen Reformvorhaben gibt – sowohl bei Patienten als auch bei Ärzten. Und diese Einwände nehme ich sehr ernst und nehme sie auch mit in den parlamentarischen Prozess, denn gute Gesundheitspolitik braucht keine falschen Kompromisse. Aber eines ist auch klar: Ohne Einsparungen bliebe noch mehr an den Beitragszahlern hängen – und die dürfen nicht noch mehr belasten werden.



Gemeinsam mit Dr. Jochen Andritzky, Mitgründer der Zukunft-Fabrik.2050 und ehemaliger Generalsekretär des Sachverständigenrates, habe ich ein ökonomisches Fachgespräch organisiert. Im Mittelpunkt stand dabei die Frage, welche Strukturreformen jetzt notwendig sind, um Wettbewerbsfähigkeit, Investitionen und neues Wachstum zu stärken.

Denn die wirtschaftliche Lage bleibt angespannt: Strukturelle Standortprobleme, hohe Energiepreise und internationale Unsicherheiten belasten die Wachstumsperspektiven schwer. Umso wichtiger war dieser Austausch über Reformen, die nicht nur kurzfristige Symptome bekämpfen, sondern langfristig wirken.

#### Wiederwahl zum Obmann



Schöne Bestätigung: Ich freue mich über die erneute Wahl zum Obmann im Ausschuss für Wirtschaft und Energie durch unsere CDU/CSU-Bundestagsfraktion. An dieser Schnittstelle zwischen Ausschuss- und Regierungsarbeit werde ich mich weiter dafür einsetzen, den Weg der dringend notwendigen Reformen konsequent voranzutreiben. Es gibt hier noch viel zu tun!



## Ein Jahr Regierung, Energie und Heizen

Im Plenum des Bundestages ging es dieser Tage wieder hoch her. Zum einjährigen Bestehen der Bundesregierung wollte eine Oppositionsfraktion eine Aussprache zur Lage Deutschlands als Industrienation. [In meiner Rede](#) habe ich erläutert, dass die Herausforderungen für Deutschland real sind, aber nicht durch Untergangsrhetorik gelöst werden. Hohe Energiepreise, zunehmender Protektionismus und Wettbewerbsdruck belasten unsere Industrie. Unser Ansatz setzt deshalb auf mehr Wettbewerbsfähigkeit, bezahlbare Energie, Technologieoffenheit und bessere Rahmenbedingungen. Eine andere Fraktion stürzte sich auf die Energiepolitik der Bundesregierung. [In meiner Rede](#) habe ich betont, dass die Union selbstverständlich am Ausbau der erneuerbaren Energien festhält, Energiepolitik aber zugleich Versorgungssicherheit, Wettbewerbsfähigkeit und Bezahlbarkeit gewährleisten muss.

In der vergangenen Woche stand dann im Vorlauf des geplanten Gebäudemodernisierungsgesetzes ein weiterer energiepolitischer Tagesordnungspunkt auf der Agenda. Ich habe erläutert, warum wir beim Heizen wieder stärker auf Technologieoffenheit und die Entscheidungsfreiheit der Bürger setzen wollen. Klimaschutz bleibt wichtig – aber ohne Verbote, unrealistische Vorgaben und neue Belastungen. Meine Rede dazu sehen sie [hier](#).



## Auf den Spuren des irischen Finanzmarkts

Für drei intensive Tage war ich mit Kollegen der Arbeitsgruppe Finanzen in Dublin. Irland ist als einer der führenden europäischen Finanzplätze ein wichtiger Partner Deutschlands. Im Mittelpunkt standen Gespräche über die Stabilität und Regulierung des europäischen Finanzsystems, die Rolle Irlands als Standort der internationalen Fondsbranche und Vermögensverwaltung sowie aktuelle Fragen der Banken- und Zahlungsverkehrspolitik. Darüber hinaus sprachen wir mit Vertretern führender Unternehmen wie Ryanair sowie aus Parlament und Regierung über europäische Handelsfragen, die Bedeutung offener Märkte und die wirtschaftspolitischen Herausforderungen für den Kontinent. Besuche bei der irischen Zentralbank und führenden Branchenverbänden ermöglichten einen tiefen Einblick in die politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen des Landes. Die Reise hat gezeigt: Von Dublin lässt sich auch für unsere eigene Finanzpolitik lernen.

## Parlamentarischer Abend beim Wirtschaftsrat

Der Parlamentarische Abend des Wirtschaftsrates Nordrhein-Westfalen stand in diesem Jahr unter dem Leitmotiv „Wieder nach vorne: Mut zu Reformen“ (Das war das Motto des Wirtschaftstags. Auch des Parlamentarischen Abends?). Mit mehr als 400 Gästen aus Wirtschaft, Politik und Gesellschaft wurde diskutiert über die zentralen wirtschafts- und standortpolitischen Herausforderungen unseres Landes.

In meinem Impuls machte ich deutlich: Wir brauchen Reformen, um Wettbewerbsfähigkeit zu stärken, Investitionen zu ermöglichen, Energie bezahlbar zu halten und neues Wachstum freizusetzen. Für mich ist klar: Der direkte Austausch mit Unternehmen ist dabei unverzichtbar. Denn gute Wirtschaftspolitik braucht den Blick auf die Realität in den Betrieben.



## In den Medien

**Deutschlandfunk Kultur:**  
„Das neue Heizungsgesetz“  
[Hier den Beitrag hören.](#)

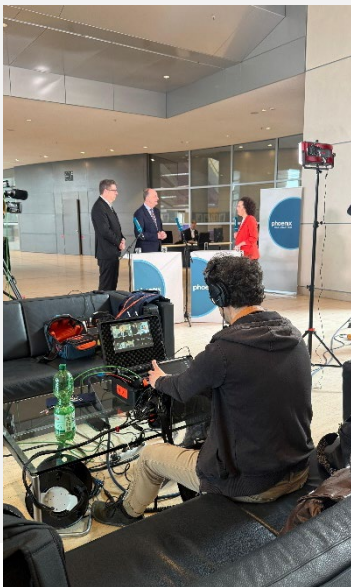
**Supertipp:** „Klaus Wiener bleibt CDU-Obmann“  
[Hier den Artikel lesen.](#)

**Deutschlandfunk:** „Wie schaffen wir gerechte Reformen?“  
[Hier den Beitrag hören.](#)

**Rheinische Post:** „Wiener schätzt offene Worte...“  
[Hier den Artikel lesen.](#)

**Deutschlandfunk:**  
„Interview mit Klaus Wiener“  
[Hier den Beitrag hören.](#)

**Dein Hilden:**  
„Nachbesserungen nach Kritik der Mittelstandsvereinigung“  
[Hier den Artikel lesen.](#)



### Impressum

Dr. Klaus Wiener MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel. 030 - 227 75621  
Mail: klaus.wiener@bundestag.de

Wenn Sie den Newsletter nicht mehr erhalten möchten, [klicken Sie hier.](#)

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 29.5.2026



## WAHLKREIS



## Zwischen Rhein und Spree

Aktuelles aus Berlin und dem Wahlkreis von Dr. Klaus Wiener



## Im Gespräch mit energieintensiven Unternehmen

Industrie, Energie, Wettbewerbsfähigkeit – unter diesen Schlagworten habe ich auf der PwC-Jahreskonferenz für energieintensive Unternehmen in Düsseldorf gesprochen. Die Lage ist klar: Energieintensive Unternehmen brauchen bezahlbare Energie, verlässliche Rahmenbedingungen und eine Industriepolitik, die internationale Wettbewerbsfähigkeit in den Mittelpunkt stellt. Kurzfristig hat die Bundesregierung bereits wichtige Entlastungen auf den Weg gebracht: Zu nennen sind hier unter anderem der Industriestrompreis, Stromsteuersenkung, Abschaffung der Gasspeicherumlage oder der Zuschuss zu den Netzentgelten. Jetzt geht es darum, die nächsten Schritte umzusetzen. Denn wer Wachstum, Wohlstand und industrielle Wertschöpfung in Deutschland halten will, muss strategisch denken.

## Gute Nachbarschaft: Neu im Parea-Beirat

Erste Sitzung in neuer Runde: Mit meiner Mitgliedschaft im Beirat der PAREA gGmbH unterstütze ich fortan den Einsatz der gemeinnützigen Dienstleistungsgesellschaft für ein gutes nachbarschaftliches Miteinander in großen Wohnquartieren. Als Nachfolger von Prof. Dr. Rita Süßmuth, einem Beiratsmitglied der ersten Stunde, möchte ich ihre couragierte Arbeit fortsetzen und kann dabei eine bestehende Verbindung ausbauen: Als einer der ersten Parea-Standorte verfügt Erkrath-Hochdahl nunmehr über ein Vierteljahrhundert an gelungener Quartiersarbeit.



## 1. Juli: Treffpunkt Mittelstand – Die neue MIT lädt ein

Am **Mittwoch, 1. Juli 2026, ab 18 Uhr** lade ich Sie als Abgeordneter und Kreisvorsitzender des neuen MIT Kreisverbandes herzlich ein in die **Kulturvilla Mettmann** (Beckershoffstraße 20).

Unter dem Motto „*Viel getan, viel zu tun*“ werfen wir gemeinsam einen Blick in den Maschinenraum der Wirtschaftspolitik: Wie steht es um die Reformagenda der Bundesregierung? Wir diskutieren Strukturreformen, Energiepolitik und den strategischen Umgang mit US-Zöllen und mit Chinas aggressiver Exportstrategie – stets mit besonderem Fokus auf den Mittelstand. Unser Gast an diesem Abend ist **Stefan Rouenhoff**, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie.

Über Ihre Teilnahme freue ich mich. Anmeldeschluss ist der 22. Juni 2026. -- [Zur Anmeldung einfach hier klicken.](#) --



# MIT

## MITTELSTANDS- UND WIRTSCHAFTSUNION



Die Liste der notwendigen Reformen für Deutschland ist lang, und nicht in allen Bereichen sind wir bereits da, wo wir als Land hinmüssen. Insbesondere im Bereich der sozialen Sicherungssysteme sind die Handlungsbedarfe noch groß.

Erhebliches Momentum hat die CDU/CSU-geführte Regierung aber bereits im Bereich Energie entfaltet. Ob Energiemonitoring, Kraftwerksstrategie oder EEG-Novelle: Viele Maßnahmen und Gesetze sind entweder bereits umgesetzt oder befinden sich kurz davor, ins parlamentarische Verfahren zu kommen.

Leider hört man vom politischen Mitbewerber derzeit immer wieder den Vorwurf, diese Regierung schere sich nicht um den Klimaschutz und wolle zurück „ins fossile Zeitalter“. Als Beleg werden die neuen Gaskraftwerke genannt, die bis 2031 fertiggestellt sein sollen. Oder auch das Gebäudemodernisierungsgesetz, mit dem wir das umstrittene Heizungsgesetz der Ampel ablösen werden. Aber stimmt dieser Vorwurf?

Zunächst einmal möchte ich vorausschicken, dass die aktuelle Energiepolitik von einem Leitgedanken geprägt ist: Wir wollen eine sichere und saubere, aber wir wollen auch eine bezahlbare Energieversorgung. Gerade dieser letzte Aspekt ist in der Energiepolitik der letzten Jahre viel zu wenig beachtet worden. Den Preis dafür zahlen wir heute, denn Deutschland gehört weltweit zu den Ländern mit den höchsten Strompreisen für seine Privaten Haushalte und seine Unternehmen. Um das zu ändern, hat das Wirtschaftsministerium ein sogenanntes Energiemonitoring durchgeführt. Dessen Ziel war es, einmal genau festzustellen, wo wir in der Energiewende stehen, und was getan werden muss, damit Deutschland endlich von niedrigen Strompreisen profitiert. Basierend auf diesem Monitoring wurden zehn Handlungsfelder abgeleitet, die jetzt adressiert werden müssen, damit die Energiekosten wieder sinken können. Interessierte finden unsere Empfehlungen [hier](#).

Eine der zentralen Maßnahmen sei aber auch hier genannt: Wir müssen den Ausbau der Erneuerbaren Energien besser mit den Fortschritten beim Netz- und Speicherausbau synchronisieren. Tun wir das nicht und bauen wie bisher ungezügelt immer mehr Photovoltaikanlagen und Windkraftwerke, werden die Tage, an denen wir das Ausland dafür bezahlen müssen, dass sie unseren Strom abnehmen, noch zahlreicher werden. Bereits heute geschieht das an mehr als 50 Tagen im Jahr - Tendenz steigend. Um dieses Problem zu adressieren, wird es ein neues Netzanschlusspaket geben, das den Zubau auf Basis tatsächlicher Bedarfe steuert.

Ein weiteres gravierendes Problem ist, dass wir heute bereits wissen: Selbst bei einem ungebremsten Ausbau der Erneuerbaren Energien werden wir in den frühen 2030er Jahren eine erhebliche Stromversorgungslücke haben. Diese Zahlen hat die Bundesnetzagentur ermittelt, und sie machen ein schnelles Handeln erforderlich – zumal auch etliche Kohlekraftwerke aus dem Markt genommen werden sollen. Diesem Problem begegnen wir mit der Kraftwerksstrategie und dem sogenannten Kapazitätsmarkt. In einem ersten Schritt werden Gaskraftwerke mit einer Gesamtleistung von 12 GW gebaut. Später erfolgen technologieoffen weitere kapazitätserweiternde Maßnahmen (u.a. Speicher und Flexibilitäten).

Hat die aktuelle Regierung diesen Plan entworfen? Nein. Auch der Vorgängerregierung war klar, dass Deutschland neue Gaskraftwerke als Teil der Energiewende benötigen wird. Genannt wurden damals sogar 20 GW.

Bleibt die Frage nach dem Gebäudemodernisierungsgesetz (GModG), mit dem das umstrittene Heizungsgesetz der Ampel-Regierung abgelöst wird. Neu an diesem Gesetz wird sein, dass wir die Entscheidung über die bevorzugte Heizmethode an die Menschen zurückgeben. Eine der wesentlichen Optionen wird in Zukunft weiter die Wärmepumpe sein, aber auch Hybridmodelle sowie Biomasse-, Pellet- Gas- oder Ölheizungen werden erlaubt sein. Die dafür eingesetzten Brennstoffe werden sukzessive klimafreundlicher. Wer weiterhin mit fossilen Brennstoffen heizen möchte, muss nach und nach den Anteil an grünem Öl bzw. Gas erhöhen und so zum Klimaschutz beitragen. Mit der sogenannten „Biotreppe“ wird der Anteil der erneuerbaren Brennstoffe in Stufen bis zum Jahr 2040 auf 60 Prozent erhöht. Mit der Kombination aus neuer, effizienter Heizungsanlage und Biobrennstoffbeimischung werden auch diese Heizungen wesentlich zur CO<sub>2</sub>-Reduktion in Deutschland beitragen.

Klar dürfte mithin sein, dass es bei keiner der aktuellen Maßnahmen darum geht, ins fossile Zeitalter zurückzukehren. Ziel ist vielmehr, die Bezahlbarkeit von sauberer Energie am Produktionsstandort Deutschland zu erhöhen. Damit adressieren wir einen der wesentlichen Webfehler, den die Energiewende der Vorgängerregierung hatte.